



---

---

## **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten**

4. Sitzung (nichtöffentlich)

14. Dezember 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.25 Uhr

Vorsitz: Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)

Stenograf: Christoph Filla

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Arbeit und Entwicklung des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen</b>	<b>1</b>
<p>Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Vorsitzenden der Landesbeirats, Dieter Lohmeyer, entgegen. Dem schließt sich eine Aussprache über die Arbeit und Entwicklung des Landesbeirats an.</p>	
<b>2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/400	
<b>Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie</b>	
<u>hier:</u> <b>Kapitel 15 060 und 15 510</b>	<b>6</b>

StS Dr. Fischer (MASQT) bringt den Haushaltsplan ein.

**3      Verschiedenes**

**9**

S. Diskussionsprotokoll

\*\*\*\*\*

Seine Fraktion habe kein Problem damit, dem Vorschlag der Vorsitzenden zu folgen, führt **Thomas Kufen (CDU)** aus. Seine Fraktion werde heute keine Fragen zum Haushalt stellen. - Unter dieser Voraussetzung, erklärt **Vera Dedanwala (SPD)**, wolle sie für die SPD-Fraktion nicht widersprechen. - Auch **Dr. Ute Dreckmann (F.D.P.)** und **Jamal Karsli (GRÜNE)** schließen sich für ihre Fraktionen dem Vorschlag der Vorsitzenden an.

## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/400

**Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie**

hier: **Kapitel 15 060 und 15 510**

**Staatssekretär Dr. Fischer (MASQT)** trägt zur Einführung in den Haushalt vor:

Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist in der Tat so, dass der Haushaltsentwurf keine Geheimnisse birgt - insbesondere keine negativen Geheimnisse. Ein Wort zur Situation, in der dieser Haushalt aufgestellt worden ist:

Wir haben auf Bundesebene eine Steuerreform, die seit Bestehen der Bundesrepublik die größte ist. Das Land hat nach sorgfältiger Prüfung und sorgfältiger Mitarbeit beim Entstehen dieser Steuerreform derselbigen zugestimmt. Wir haben zugestimmt, weil die unteren Einkommen der Arbeitnehmer um 65 Milliarden DM bis 2005 entlastet werden, weil der Mittelstand um 30 Milliarden DM entlastet wird und weil gleichzeitig das Prinzip der Haushaltskonsolidierung fortgeführt und beachtet wird.

Das führt bei uns zu erheblichen Einnahmeverlusten. Aber auch wir wollten die Nettokreditaufnahme nicht erhöhen, sondern Haushaltsdisziplin wahren. Deshalb war es ganz klar, dass die Ausgaben auch bei uns beschränkt werden müssen.

Noch ein Hinweis: Diese Linie wird vom gesamten Kabinett getragen, auch wenn es im Einzelfall und insbesondere für den Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie schwierig ist. - Das ist der Hintergrund für die Kapitel 15 060 und 15 510 des Einzelplans 15.

Ich kann vorausschicken, dass es im Vergleich zum Vorjahr keine größeren Veränderungen geben wird. Das heißt also, dass wir die Integrationspolitik auf einem Niveau fortführen, das von Fachleuten und Verbänden in Nordrhein-Westfalen, aber auch außerhalb als überdurchschnittlich gut bezeichnet wird.

Ich komme nun zu den einzelnen Titelgruppen und beginne mit der Sozialberatung. Hier werden 6,63 Millionen DM für Spitzenverbände ausgegeben, und zwar für die Hilfe bei der

Bewältigung des Alltags, für die Beratung in sozialrechtlichen Fragen und für individuelle Hilfen. Insgesamt werden aus diesen Mitteln 246 Stellen gefördert.

Den zweiten Punkt macht der Betrieb von Zentren und Freizeiträumen für interkulturelle Arbeit und für Maßnahmen zur Stützung der Integration aus. Hier werden 5,2 Millionen DM fortgeschrieben. Es handelt sich um mehr als 200 Zentren, um durchschnittlich 4.500 Maßnahmen pro Jahr und um mehr als 160.000 Teilnehmer, die gefördert werden.

Der dritte Punkt sind die regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien - RAA -. Sie befassen sich mit Nahtstellen zwischen Schule, außerschulischer Jugendhilfe und familienorientierter Beratung. Diese Stellen gibt es in 27 Städten, und auch das ist eine bundesweit einmalige Einrichtung. Wir geben dafür 4,66 Millionen DM aus. Also auch hier sichern wir den Bestand.

Der vierte Punkt betrifft die Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Hier werden die Mittel ebenfalls wie bisher bereitgestellt. Es geht um die Förderung von Beiräten für Spätaussiedlerfragen, um Zuschüsse zur Errichtung von Förderschulinternaten und Sprachkurse und Sozialbetreuung, wobei die Förderung der Sprachkurse mit 2,85 Millionen DM den Löwenteil ausmacht; die Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern macht insgesamt 3,13 Millionen DM aus.

Der fünfte Punkt beinhaltet Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie Maßnahmen zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf; das ist die Titelgruppe 63. Hierfür wenden wir 1,671 Millionen DM auf. Das sind - das ist kein politischer Hinweis - 29.000 DM weniger als im Vorjahr. Aber ich habe schon festgestellt, dass dies zwar nur ein kleines, aber doch falsches Signal ist. Über diese 29.000 DM werden wir im Ausschuss sicherlich noch beraten. Insgesamt wurden 42 solcher Projekte in diesem Jahr gefördert; das wollen wir fortsetzen.

Es gibt in der Titelgruppe 64 einen neuen Titel in Höhe von 800.000 DM. Hier geht es darum, eine Stiftung zu gründen, die das Zentrum für Türkeistudien trägt. Der Grund für die Gründung dieser Stiftung ist, dass zwei Gründungsmitglieder des Zentrums für Türkeistudien planmäßig ausscheiden und ein Ersatz geschaffen werden muss. An dieser Stiftung beteiligen sich auch das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr sowie das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung. Wir sind ferner bemüht, Beiträge aus der Wirtschaft zu akquirieren. Wir werden unsere eigenen laufenden Ausgaben zur Unterstützung des Zentrum in Höhe von 430.000 DM wie im Vorjahr fortsetzen.

Die Mittel für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben - dies ist der siebte Punkt - in der Titelgruppe 62 wird um 400.000 DM auf 400.000 DM halbiert. Das ist aber keine Kürzung, die unsere operationelle Arbeit schmälert.

Ich komme nun zu den gesetzlichen Leistungen des Kapitels 15 060:

Hier geht es - erstens - um die Kostenpauschalen für jüdische Kontingentflüchtlinge nach § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Hier werden die Mittel von 93 Millionen DM um 5 Millionen DM auf 98 Millionen DM erhöht. Grund: Die Anzahl der jüdischen Kontingentflüchtlinge steigt.

Zweitens werden die Mittel für die Kostenpauschalen gemäß § 9 Abs. 2 Landesaufnahmegesetz - hier geht es um die Erstattung der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung von Übergangsheimen für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler - von 50,6 Millionen DM auf 40 Millionen DM reduziert; es ist also ein Rückgang um 10,6 Millionen DM. Auch hier ist der Grund kein politischer, sondern die Anzahl der Aussiedler nimmt ab.

Der dritte Punkt sind die einmaligen Kapitalentschädigungen und Unterstützungsleistungen nach dem 2. Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Hier geht es um politisch Verfolgte im Beitrittsgebiet der ehemaligen DDR. Hier werden die Mittel mit 18,6 Millionen DM ange setzt; das ist etwas weniger als in diesem Jahr.

Diesbezüglich kann ich darauf hinweisen, dass ein Rechtsanspruch dieser Verfolgten besteht und dass auf jeden Fall jeder berechnigte Antrag positiv beschieden wird. Da gibt es keinen Ermessensspielraum. Wir gehen davon aus, dass diese 18,6 Millionen DM ausreichen, um alle gestellten Anträge bedienen zu können. Sie wissen, dass wir in diesem Jahr im Nachtrags haushalt eine Nachbesserung brauchten, weil die Anträge schneller gekommen sind, als wir es erwartet haben. Des Weiteren lag es daran, dass die Leistungen pro Haftmonat von 300 DM auf 600 DM erhöht worden sind.

Ich komme zum letzten Punkt, nämlich der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen in Unna-Massen. Hier erfolgt eine Kürzung um 1,03 Millionen DM. Der Betrag insgesamt macht 33,7 Millionen DM aus. Diese Kürzung ist ebenfalls nicht politisch bedingt, sondern sie liegt daran, dass die Anzahl der Aussiedler zurückgeht.

Innerhalb dieses Etats ist der Betrag für das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen um 240.700 DM für Personalausgaben erhöht worden.

Insgesamt kann ich sagen, dass die Integrationspolitik, die wir betreiben, auf hohem Niveau fortgesetzt wird und dass wir als zuständiges Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie unsere Bereiche - insbesondere Qualifizierung, aber auch Soziales und Technologie - dafür einsetzen werden, die Integrationspolitik mit unseren landesweiten Maßnahmen enger zu verknüpfen und erfolgreicher zu gestalten.

Als Beispiel nenne ich die Qualifikation: Wir erwarten, dass wir mit unseren Maßnahmen, die wir ergreifen und mit denen wir gezielt Aussiedlerkinder und Migrantenkinder ansprechen wollen, einen ganz wesentlichen Beitrag zur Integration leisten. Dadurch erzielen wir sicherlich bessere Ergebnisse, als dies die reinen Zahlen des Haushaltes aussagen mögen, welche "lediglich" fortgeschrieben werden. Wir versuchen, Mittel unseres gesamten Hauses auf diesen Bereich zu konzentrieren.

Auch dazu nenne ich ein Beispiel aus dem Bereich Ausbildung: Es ist tatsächlich so, dass bei Migrantenkindern ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Arbeitslosigkeit besteht und dass der Anteil der Jungen und Mädchen aus Migrantenfamilien, die einen Ausbildungsplatz suchen und bekommen, geringer ist als der der deutschen Jugendlichen. Das wollen wir durch die Mittel ausgleichen, die hier nicht speziell erfasst sind. Wir wollen unser gesamtes politi-

ches Aktionsfeld für die Integration einsetzen. - Das waren die wichtigsten Aussagen, die ich dazu machen konnte. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki** bedankt sich für die Einbringung des Haushalts.

### **3 Verschiedenes**

**Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki** kündigt an, dass in der nächsten Sitzung am 1. Februar 2001 die Vorstellung des Landesentrums für Zuwanderung durch Frau Dr. Lale Akgün, die Diskussion über den CDU-Antrag "Einheit in Vielfalt - Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration" sowie die Detailberatungen zum Haushalt auf der Tagesordnung ständen.

gez. Altenkamp-Nowicki  
Vorsitzende

jo/31.01.2001/02.02.2001

200